8. Entscheidet über einen Antrag auf Ladung eines durch den ersuchten Richter vernommenen Zeugen vor das Prozeßgericht freies richterliches Ermessen?
StPD. § 250 Abs. 2.

IV. Straffenat. Urtr. v. 10. März 1917 g. B. IV 59/17.

I. Landgericht Syd.

Auf die Revision des Angeklagten ist das Urteil aufgehoben worden.
Aus den Gründen:

„Die Vorschrift des § 250 Abs. 2 StPD. gibt dem Gerichte nur die Befugnis, ausnahmsweise von der unmittelbaren Erhebung eines Zeugenbeweises abzusehen, hindert es aber nicht, den durch einen ersuchten Richter (kommissarisch) vernommenen Zeugen trotz großer Entfernung seines Aufenthalts vorzuladen, wenn dies zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich erscheint, wobei insbesondere auch auf das Verteidigungsvorbringen des Angeklagten Rücksicht zu nehmen ist. Wegen seiner Verpflichtung zur Erforschung der materiellen Wahrheit hat deshalb das Gericht in jedem Falle zu prüfen, ob die Verlesung des Protokolls über eine Vernehmung durch den ersuchten Richter genügenden Ersatz für die persönliche Anhörung des Zeugen bildet. Kann auch hierüber immer nur das Ermessen des Richters entscheiden, so ist dieses doch nicht ein völlig freies,

sondern durch pflichtgemäße Würdigung der Bedürfnisse des Einzelfalls gebunden.¹ Ob die Strafkammer sich dessen bewußt gewesen ist, muß nach der Begründung, mit der sie den Antrag der Verteidigung, den durch den ersuchten Richter vernommenen Zeugen Dr. Gr. persönlich vorzuladen, abgelehnt hat, in Zweifel gezogen werden. Sie erwähnt nur die Tatsache dieser Vernehmung, ohne die Frage, ob durch sie über das Verteidigungsvorbringen des Angeklagten genügende Aufklärung erbracht sei, überhaupt zu berühren. Als weiterer Grund für die Ablehnung des Antrags wird zwar noch angeführt, daß Dr. Gr. im Felde stehe und zur Wahrnehmung des Termins nicht beurlaubt werden könne. Das traf aber nach einer Auskunft in den Akten nur für den Hauptverhandlungstermin vom 7. November 1916 zu. Dagegen ergibt sich aus der Auskunft nicht, daß Dr. Gr. auch zu einer späteren Hauptverhandlung keinen Urlaub erhalten könnte. Die hiernach nicht ausreichend begründete Ablehnung des Beweisanspruchs enthält eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung, auf der das Urteil beruhen kann, da die Aussage des Zeugen einen für die Entscheidung wesentlichen Punkt betrifft.“ . . .